

Manuel Castells:
 Die Netzwerkgesellschaft.
 Das Informationszeitalter:
 Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur,
 Leske+Budrich Opladen 2001,
 632 S. (34,90 €)
 Jochen Steinbicker:
 Zur Theorie der Informations-
 gesellschaft. Ein Vergleich der
 Ansätze von Peter Drucker,
 Daniel Bell und Manuel Castells,
 Leske+Budrich Opladen 2001,
 130 S. (12,90 €)

Mehr als je zuvor ist Wissen und Information zu einem zentralen Faktor des gesellschaftlichen Wandels geworden. Information avanciert gegenüber den traditionellen Faktoren Arbeit, Boden und Kapital zu einem zentralen Wertschöpfungsfaktor. Doch nicht nur in der Ökonomie gewinnt die Idee einer Informationsgesellschaft Relevanz, sondern auch in anderen Funktionsbereichen der Gesellschaft. Neben Forderungen nach der Reform des Schul- und Hochschulwesens sind politische Initiativen entstanden, welche Infrastrukturen im Bereich der Informations- und Kommunikationspolitik (»Schulen ans Netz«) und die Bereitstellung von hochqualifizierten Arbeitskräften (»Greencard«-Initiative) begünstigen sollen. Bisher zeichnet sich die Soziologie jedoch weitgehend durch ihre diagnostische Zurückhaltung aus.

In jüngster Zeit hat Manuel Castells den Versuch unternommen, diese Lücke zu schließen. In seiner vielbeachteten Trilogie (*The Network Society* 1996, *The Power of Identity* 1997, *End of Millenium* 1998) zeichnet er die Grundzüge des Informationszeitalters nach. Der gebürtige Spanier war zunächst an zwei Pariser Universitäten tätig und ist seit 1979 als Professor an der University of California in Berkeley am Institut für Soziologie und am Institut für Stadt- und Regionalplanung tätig. Neben weiteren Dozententätigkeiten in Madrid und Barcelona war er weltweit an vielen Universitäten Gastdozent und als Berater für internationale Organisationen, für die Europäische Union

und für mehrere Regierungen tätig. Seit 1983 beschäftigt sich Castells mit Forschungen über die gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationen im Zuge der informationstechnologischen Revolution. Daraus erklärt sich seine umfassende und detailreiche Darstellung der Informationsgesellschaft, die sich nicht nur auf Industriegesellschaften beschränkt. Manuel Castells beschreibt anhand ländervergleichender empirischer Studien aus langjähriger Forschungspraxis und persönlicher Erfahrung weltweite Integrationen, Polarisierungen sowie Fragmentierungen und zeigt, daß es kein einheitliches Modell der Informationsgesellschaft gibt. Hierin liegt zweifellos die Stärke seines Ansatzes.

Der erste Band der Trilogie *Die Netzwerkgesellschaft* liegt erstmals in deutscher Übersetzung vor. Wie der Titel suggeriert, identifiziert Castells als das entscheidende Strukturmerkmal des neu entstehenden Gesellschaftstyps das Netzwerk. Als Fazit des Buches läßt sich festhalten, daß zentrale gesellschaftliche Funktionen in instrumentellen Netzwerken mit einer eigenen Dynamik organisiert werden und die Logik der Netzwerke in der Gesellschaft vorherrschend ist.

Netzwerke sind als eine Art *Raum der Ströme* zu verstehen, in welchem soziale Akteure entweder anwesend oder abwesend kommunizieren und interagieren. Die erste Ebene des Netzwerkes besteht aus einem *Kreislauf elektronischer Vermittlungen*, die eine Grundlage simultaner Praxisformen ermöglicht. Die technologische Infrastruktur definiert den neuen Raum in dem Sinne, wie in der Industriegesellschaft Eisenbahnlinien wirtschaftliche Regionen eingrenzen. Die zweite Ebene ist durch dessen *Knoten und Zentren* bestimmt, die je nach Funktion des Netzwerkes unterschiedliche Charakteristika haben können. Ein solcher Knotenpunkt ist die informationelle Stadt. Sie ist Zentrum der wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Dynamik auf lokaler und globaler Ebene und ist gleichzeitig Anschlußpunkt an die globalen Netzwerke aller Art (vgl. Castells: 454 ff.). Die dritte Ebene betrifft die räumliche Organisation der *herrschenden Führungseliten* (vgl. Castells: 466 ff.). Indem Eliten Knoten und Schnittstellen der Netzwerke kontrollieren, können sie ihre Macht stabilisieren, während

die Ströme von Kapital und Information überall in der Welt ihre eigene Logik verbreiten. In der Netzwerkgesellschaft etabliert sich soziale Herrschaft über einen Doppelmechanismus: die Verbindungen und Organisationskapazitäten der Eliten untereinander und die Segmentation und Desorganisation der Massen (vgl. Castells: 471).

Identitäten stellen eine gegenläufige Entwicklung zur Netzwerkgesellschaft dar, denn überall auf der Welt läßt sich »die zunehmende Distanz zwischen Globalisierung und Identität, zwischen dem Netz und Ich« (Castells: 24) beobachten. Mit der Entstehung eines globalen Systems und immer abstrakter werdenden Logiken der instrumentellen Netzwerke wird Identität zentral für die Sinnstiftung und einzige Möglichkeit, Autonomie jenseits der Netzwerkformierung zu erlangen oder Emanzipationsbestrebungen nachzugehen. Neue soziale Bewegungen entstehen nur *jenseits* der neuen Ordnung.

Drei Entwicklungen bilden seit den siebziger Jahren die Grundlage des Wandels zum informationellen Zeitalter: Der *Informationalismus*, die *Restrukturierung des Kapitalismus* und das *Entstehen neuer Kulturen* (vgl. Castells: 13 ff.). Erstens bezeichnet der Informationismus den Wandel der Produktivkräfte durch die zirkuläre Anwendung von Wissen auf Wissen (vgl. Castells: 18, 106). Entscheidend ist die revolutionäre Entwicklung der Informationstechnologien, welche die Rekursivität von Wissen ermöglichen. Die zweite grundlegende Entwicklung ist die Restrukturierung des Kapitalismus mittels deregulierender und liberalisierender Maßnahmen und Politiken, welche die Globalisierung beschleunigten (vgl. Castells: 65).

Die dritte durchschlagende Entwicklung bildet die Entstehung einer neuen Kultur der realen Virtualität, welche Bedeutungen von Raum und Zeit verändert und für gesellschaftliche Integration von zunehmender Bedeutung ist. Das Internet und die Welt von Multimedia wird von zwei Gruppen bewohnt, »den Interagierenden und den Interagierten« (Castells: 428). Nur erstere sind in der Lage, unter verschiedenen Kommunikationskreisläufen zu wählen, für die anderen sind Zugangsbeschränkungen Ursache dafür, daß sie an der gesellschaftlichen Kommunikation nicht teilhaben. Wer zu welcher Gruppe gehört, wird durch

Klasse, Rasse, Geschlecht und Land determiniert (vgl. Castells: 424).

Die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts entstandene Wirtschaftsform charakterisiert Castells als *informationell*, da Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit »von ihrer Fähigkeit abhängig ist, auf effiziente Weise wissensbasierte Information hervorzubringen, zu verarbeiten und anzuwenden« (Castells: 83). Die neue Wirtschaftsform ist *global*, weil ihre Kernfunktionen und Komponenten auf globaler Ebene organisiert sind und sie ist *vernetzt*, »weil unter den neuen Bedingungen Produktivität durch ein globales Interaktions-Netzwerk zwischen Unternehmens-Netzwerken erzeugt wird« (Castells: 83). Die Auswirkungen der globalen Ökonomie umfassen die ganze Welt, dennoch sind im System der internationalen Arbeitsteilung nur einige Wirtschaftsregionen involviert. Während die Triade USA-Europa-Asiatisch-PazifischerRaum dominieren, werden andere Regionen nur selektiv inkludiert oder wie Afrika zu struktureller Irrelevanz degradiert (vgl. Castells: 157 ff.).

Nach Manuel Castells können Unternehmen im Zuge der Globalisierung nur konkurrenzfähig bleiben, wenn sie ihre Organisationsstrukturen verändern. *Netzwerkunternehmen* weisen sich durch flache Hierarchieebenen, Teamwork und Prozeß- statt Aufgabenorientierung aus. Damit die Beschäftigten ihr individuelles Wissen der Organisation zur Verfügung stellen und alle Mitarbeiter von diesem Wissen profitieren können, müssen die Beschäftigungsverhältnisse stabil sein (vgl. Castells: 191 ff.). Auf einer Fülle von ländervergleichendem empirischen Datenmaterial stützt Manuel Castells seine Beobachtungen über die Transformation von Arbeit und Beschäftigung sowie ihre Folgen für die Sozialstruktur und zeigt, daß es kein universelles Modell des Wandels gibt (vgl. Castells: 229 ff.). So kann der Wandel in den USA mit dem *Modell der Dienstleistungsökonomie* umschrieben werden, da der Anteil von Wissensarbeitern im Dienstleistungsbereich gewachsen ist. In Japan und Deutschland trifft das seiner Ansicht nach effektivere *Modell der industriellen Produktion* zu, da hier die Wissensarbeit in die Produktion eingebettet wird (Castells: 259).

Manuel Castells Gesellschaftsdiagnose gehört zu den elaboriertesten Ansätzen der Infor-

mationsgesellschaft und seine Analysen sind mit umfangreichem Datenmaterial beispielhaft untermauert. Dennoch erscheint seine Konstruktion der Netzwerkgesellschaft allzu technokratisch. Das Internet ist zunächst ein technisches Netzwerk, welches nicht unbedingt mit sozialen Netzwerken übereinstimmen muß. Überhaupt ist fraglich, ob die Logik von Computernetzen die Logiken aller anderen Teilsysteme soweit dominieren kann, daß sie zur gesellschaftlich vorherrschenden Logik avancieren kann. Zudem ist fraglich, ob der Gegensatz zwischen Netzwerk und Identität nicht überzeichnet ist, fruchtbarer wäre die Konstruktion einer Identität, die ihre Individualität aus der jeweils spezifischen Zusammensetzung der Inklusion in verschiedenen Netzwerken gewinnt. Auch ist nicht klar, warum sich neue soziale Bewegungen nur jenseits der Netzwerke formieren und sich nicht die Logik der Netzwerke zunutze machen sollten. Grade im Internet bilden sich Gruppierungen, die im Untergrund operieren.

Zweifellos liegt die Stärke des Ansatzes in der empirischen Ausrichtung und den daraus resultierenden Generalisierungen. Die Kehrseite der Medaille ist bei diesem Vorgehen jedoch das Fehlen tiefergehender Analysen und es ist fraglich, ob für eine Theorie der Informationsgesellschaft nicht noch eingehender konzeptualisiert werden müßte.

Jochen Steinbicker, Diplom-Soziologe im Graduiertenkolleg »Das Neue Europa« an der Humboldt-Universität in Berlin, sucht mittels der Gegenüberstellung prominenter Theorien einen geeigneten theoretischen Zugang zur Informationsgesellschaft zu eröffnen. Grundlage für den Vergleich sind Peter Druckers *Wissensgesellschaft*, Daniel Bells *Postindustrielle Gesellschaft* und Manuel Castells *Informationelle Gesellschaft*. Der Autor legt den Schwerpunkt der Darstellung auf die jeweilige Eigenart und spezifische Ausprägung der Konzepte, wobei er es nicht versäumt, sowohl die Vorteile als auch die Grenzen der jeweiligen Theorien zu diskutieren.

Manuel Castells Konzipierung des Informationszeitalters beschreibt Jochen Steinbicker als *empirisch-diaagnostisch* (Steinbicker: 113). Obwohl er seinen Ansatz für die Soziologie als äußerst fruchtbar beschreibt, sieht der Autor an der Schnittstelle zwischen theoretischem

Modell und empirischer Darstellung die Grenzen der Castellsschen Analyse.

Peter Druckers Konzept versteht er als einen *Orientierungsversuch aus einer Managementperspektive* (Steinbicker: 109). Im Zentrum seiner Theorie steht die These, daß Wissen zum zentralen Produktionsfaktor der Ökonomie wird, indem *Wissen auf Wissen angewendet wird* (Steinbicker: 26 f.). Die Produktivität von Wissen weist auf die Aufgabe des Managements hin, Wissen bereitzustellen und eine Gruppe von Wissensarbeitern so zu führen, daß diese existierendes Wissen am effektivsten einsetzen (Steinbicker: 28). Druckers Konzept der Wissensgesellschaft ist eher ökonomisch denn soziologisch ausgerichtet und deshalb verwundert es nicht, daß er für den gesellschaftlichen Wandel die Organisation als Fixpunkt wählt. Diese bringt Wissensarbeiter in Kooperation und ist eine Organisation des Wissens (vgl. Steinbicker: 43). Die Stärke von Druckers Ansatz liegt darin, daß er Wissen nicht als abstrakte und absolute Größe behandelt, sondern die Produktivität von Wissen betont und damit der Zusammenhang zwischen Wissen und Arbeit nicht verloren geht (vgl. Steinbicker: 47).

Daniel Bells Ansatz beschreibt Jochen Steinbicker als facettenreich und deutlich *analytisch ausgerichtet*, was ihn für soziologische Fragen interessanter macht. Als wichtigster Wertschöpfungsfaktor ist Wissen nicht das Resultat erfolgreicher Unternehmensstrategie, sondern in Forschungsinstituten und Universitäten generiert, welche die neue *Axialstruktur* der Gesellschaft bilden. Der Erwerb und die Kodifizierung theoretischen Wissens sind als neues *axiales Prinzip* für den Umbau der Gesellschaft verantwortlich (vgl. Steinbicker: 57). Dies schlägt sich im Wandel des Charakters von Arbeit und im Übergang von der Güterproduktion zur Dienstleistungsgesellschaft nieder. Zwei weitere schon damals absehbare Entwicklungen erfaßt Bell: Den Umstieg auf *intellektuelle Technologien* (Informations- und Kommunikationstechnologien) und eine neue Schichtungsordnung, denn in der postindustriellen Gesellschaft wird die wissenschaftlich-akademische Klasse (Meritokratie) zur mächtigsten Statusgruppe. Trotz vieler Inkonsistenzen hat Bell wichtige Problemfelder identifiziert, nicht zuletzt aus diesem Grund

scheinen seine Themen und aufgeworfenen Fragestellungen nichts von ihrer Aktualität eingebüßt zu haben (vgl. Steinbicker: 76 f.).

Insgesamt versteht es Steinbicker sehr gut, die wichtigsten Stränge der drei Konzepte nachzuzeichnen und sie dem Leser verständlich zu machen. Im Hinblick auf eine Theorie der Informationsgesellschaft befürwortet er eine Synthese der Ansätze auf Basis der gemeinsamen Aspekte und zentralen Dimensionen.

JUSTINE SUCHANEK

**Martin Kühnel, Walter Reese-Schäfer, Axel Rüdiger (Hrsg.):
Modell und Wirklichkeit.
Anspruch und Wirkung politischen
Denkens. Festschrift für Richard
Saage zum 60. Geburtstag,
Mitteldeutscher Verlag Halle 2001,
287 S. (20,50 €)**

Von Anfang an haben in der politischen Theorie zwei Richtungen bestanden, einerseits Zukunftsprojektionen mit Verwirklichungsanspruch und andererseits analytische Modelle zur Abbildung gegenwärtiger politischer Prozesse. Für Richard Saage, dem der vorliegende Band gewidmet ist, war beides von Bedeutung. Er beschäftigte sich mit Eigentum und Herrschaft in der politischen Theorie, mit den Vertragstheorien, mit dem Austromarxismus, mit dem Staatskonservatismus und vergleichenden Faschismustheorien, aber eben auch mit Utopieforschung. Besonderes Kennzeichen für Saages wissenschaftliches Herangehen ist seine Interdisziplinarität, das neben der sozialwissenschaftlichen Forschung auch in der Literatur, der Kunst oder der Philosophie Berührungspunkte findet.

Die vorliegende Festschrift geht auf eine Tagung anlässlich des 60. Geburtstags von Saage zurück und will dessen Forschungen mit denen anderer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konfrontieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen nach dem Verhältnis zwischen Theorie, Praxis und Utopie.

Die Beiträge des ersten Abschnitts behandeln die Wahrnehmungen der historischen Auf-

klärung, wobei Aufklärung hierbei im doppelten Sinne verstanden sein will. Zum einen werden historische Positionsbestimmungen politischen Denkens vorgenommen. Martin Kühnel untersucht den oftmals »übersehenen« Klassiker politischer Ideengeschichte Christian Thomasius (1655 – 1728), Franco Zotta erörtert kritisch die Sozialstaatskonzeption der Rechtslehre Immanuel Kants in der »Metaphysik der Sitten« und Hans-Günter Funke legt die Grundzüge einer Rezeptions- und Wirkungsgeschichte Fontenelles dar. Zum anderen untersuchen Eun-Jeung Lee und Jörn Garber die Sichtweisen Christian Wolffs auf das konfuzianische China und Georg Forsters Stadtutopie.

Der zweite Abschnitt des Buches widmet sich explizit dem Theorie-Praxis-Verhältnis innerhalb der Politikwissenschaften und der politischen Philosophie. Axel Rüdiger stellt in seinem Beitrag die Frage nach der Bedeutung der Utopie für die Politikwissenschaft. Welche Rolle spielt die Politik in der Wissenschaft? Inwieweit konstruiert die Politikwissenschaft ihren Gegenstand mit politischen Mitteln? Ausgehend von diesen Fragen, kommt Rüdiger zu der zutreffenden Bemerkung: »Nun ist zwar bekannt, dass jedes Modell immer genau dann unwiderlegbar wird, sobald die sie widerlegenden Daten ausschließlich veränderten Bedingungen zugeschrieben werden, aber in der Praxis wird eher versucht, die äußeren Bedingungen an neoliberale Modelle anzugleichen, als nach elastischen und bedeutungs-offenen Begriffen und Hypothesen gesucht wird, die es der Politikwissenschaft gestatten würden, die politische Wirklichkeit adäquat zu erfassen« (S. 116). Eine Sozialwissenschaft, die neoliberale Verhältnisse mit neoliberalen Theoriesigns oder mit ahistorischen, lediglich auf eine essentialistische Rationalität der Individuen zurückgehende Handlungstheorie erklären will oder beispielsweise Revolutionen auf ein reines Resultat von Kosten-Nutzen-Kalkülen reduziert, vermag einer sozialkritischen und utopiefördernden Wissenschaft demnach nichts zu bieten.

Matthias Kaufmann behandelt in eindrucksvoller Weise die »aufgeklärte Anarchie als verbleibende Utopie«, wobei sein Vorschlag einer Demokratisierung multinationaler ökonomischer Strukturen die Frage offen läßt, ob

eine Demokratisierung des Kapitalismus ein ausreichendes Moment zukünftiger und anarchistischer Gesellschaften sein kann oder ob es nicht eines radikalen Wechsels dieser Strukturen bedürfte.

Während Walter Reese-Schäfer die Stellung des Intellektuellen im Existentialismus behandelt und in Anlehnung an Lyotard ein ›Grabmal‹ für Sartres Rolle als universalen Intellektuellen errichtet, erörtert Bettina Roß die politischen Utopien der Frauen. Obgleich sie ganz richtig gegen ausschließende Kategorien und Festlegungen die Wichtigkeit von Utopien und deren Dynamiken betont, wird dennoch die Kategorie ›Geschlecht‹ nicht problematisiert und könnte in Anlehnung an neue feministische Theorien selbst als starre Festlegung entlarvt werden.

Der dritte Themenkomplex des Bandes beschäftigt sich mit demokratiethoretischen Problemstellungen. Behandelt werden die verschiedenen Anforderungen an politisches Denken und Handeln im Kontext biotechnologischer Möglichkeiten, deren sozialdarwinistisches Potential zur Ungleichbehandlung von Menschen nach Walter Euchner auch ein Umdenken der Politik bedarf. Wolfgang Maderthaler legt am Beispiel der Julirevolte in Wien eine Phänomenologie der Massenrevolte vor und Evehard Holtmann macht in ihrem Beitrag auf den instrumentellen Gebrauch und die Vereinnahmungen direkter Demokratie durch professionelle politische Akteure aufmerksam. Wie die Jugendlichen gegenwärtig zur Demokratie oder besser der Demokratie entgegen stehen, erläutert Sibylle Reinhardt anhand der Sachsen-Anhalt-Studie *Jugend und Demokratie*. Gerlinde Sommer beschließt den dritten Teil des Bandes mit verantwortungsethischen Überlegungen zum Institutionenmodell Maurice Haurious.

Der vierte Abschnitt beinhaltet Beiträge von Udo Bermbach und Eva-Maria Seng zur Reichweite des utopischen und sozialgestalterischen Gehalts der Kunst. Abgerundet wird der Band durch die Laudatio für Richard Saage, gehalten von Hans-Hermann Hartwich, und einem ausführlichen Publikationsverzeichnis des Jubilars.

Insgesamt betrachtet, besticht der vorliegende Band besonders durch seine interdisziplinär angelegten Beiträge, die – und das

macht ihn darüber hinaus besonders empfehlenswert – jenseits des politikwissenschaftlichen mainstreams ihren topologischen, ja zuweilen utopischen Platz haben.

STEPHAN MOEBIUS

Siegfried Jäger:
Kritische Diskursanalyse.
Eine Einführung,
DISS Duisburg 1999, 404 S.

1993 erschien die viel beachtete erste Auflage der *Kritischen Diskursanalyse*. Die vorliegende zweite Auflage verdient die Attribute »überarbeitet und erweitert« völlig zu Recht, denn der Autor hat es geschafft, sowohl neue Entwicklungen und Erkenntnisse aus der eigenen Forschungsarbeit und des von ihm geleiteten Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung zu integrieren als auch andere wesentliche Arbeiten zur Diskursanalyse zu berücksichtigen und zu reflektieren. Das trifft ganz besonders für die noch ergänzten wichtigen Arbeiten von Michel Foucault zu und für die Auswertung neuer umfangreicher empirischer Projekte, die auf der Grundlage der kritischen Diskursanalyse durchgeführt wurden. Neue Gedanken und Vorschläge konnten vertieft werden, auch einiges, das in der ersten Auflage übersehen wurde, findet Berücksichtigung und Würdigung. Wichtig erscheint mir, daß es gelang, das Methodeninstrumentarium weiter auszudifferenzieren und neue überzeugende aktuelle Anwendungsbeispiele für die kritische Diskursanalyse aufzuzeigen.

Der Anhang mit Musteranalysen (vgl. S. 235-380) erweist sich als besonders wertvoll, denn es wird deutlich, daß die Diskursanalyse ein Verfahren ist, das der Sprachwissenschaft neue Einsichten und Denkanstöße vermittelt, durch die sie aus ihrer strukturalistischen Isolation befreit werden könnte.

So beklagt Franz Januschek, »daß wir Linguisten nicht mit guten Gründen, sondern zwanghaft immer wieder den eigentlichen Gegenstand unserer Wissenschaft, die konkret-historische sprachliche Tätigkeit in konkret-historischer Gesellschaft, verfehlen, weil wir uns in unserer wissenschaftlichen Tätig-

keit nicht als an dieser Gesellschaft Beteiligte begreifen« (Januschek 1986: 139). Die bisherige Zurückhaltung und die Vorbehalte gegenüber der Diskursanalyse beziehungsweise sogar deren Ablehnung, waren und sind zum Teil heute noch wesentlich bestimmt durch die Dominanz der traditionell strukturalistischen Sprachwissenschaft.

Diskurstheorie und Diskursanalyse haben allerdings und zunächst in der Literaturwissenschaft, zunehmend aber auch in Verbindung mit sprach- und kulturwissenschaftlichen Projekten, seit den achtziger Jahren eine beachtliche Entwicklung erfahren und die Weiterentwicklung zur kritischen Diskursanalyse sogar mögliche revolutionäre Aspekte auch für die Sprachwissenschaft gebracht. Jäger schreibt in Hinblick auf die ablehnende Haltung vieler Linguisten auch noch in den neunziger Jahren: »Die Ablehnung der Diskursanalyse erklärt sich aber zudem aus einer durchaus berechtigten, wenn auch etwas zu sehr selbstbezogenen Sorge, nämlich der, daß die Diskursanalyse eine Öffnung beziehungsweise sogar Aufhebung der Sprachwissenschaft bedeutet.« Er hebt insbesondere hervor, daß der Verzicht auf die Analyse der Inhalte von Texten eine Beschränkung der Linguistik auf sich selbst, eine technokratische Verkürzung bedeute, die Linguisten daraus meinen ableiten zu müssen, daß in allen Wissenschaften und in jedem Alltag Inhalte vorkommen, für die die Linguistik, der Linguist oder die Linguistin nicht kompetent seien (vgl. S. 13).

Jäger stellt eine Diskursanalyse und schließlich eine »Kritische Diskursanalyse« vor, die sich an der Theorie Michel Foucaults orientiert, und sich von den Arbeiten des Dortmunder Literaturwissenschaftlers Jürgen Link inspirieren läßt. Sie übersteigt die Grenzen der Disziplin Linguistik, »indem sie sich auf die Analyse des Diskurses beziehungsweise der Diskurse konzentriert, die sie als Verläufe oder Flüsse von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit versteht, die die Applikationsvorgaben für die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit enthalten und in diese gegenständlich umgesetzt werden und, in Verbindungen mit diesen »Vergegenständlichungen«, insgesamt als Dispositive, weiterwirken, sie »am Leben halten«, sie und sich verändern oder auch zum Absterben bringen können«

(S. 158). Er verfolgt zwei Ziele. Zum einen entwickelt er auf der Basis eines sprachwissenschaftlichen Grundgerüsts für die Feinanalyse von Diskursfragmenten ein für die Diskursanalyse geeignetes Beschreibungs- und Materialaufbereitungsverfahren als Grundlage differenzierter Analyse von Texten und Diskursen. Zum zweiten begründet er eine Methode, die es ermöglicht, (im Prinzip) den gesamtgesellschaftlichen Diskurs und die ihn konstituierenden Diskursstränge vollständig zu erfassen. Jäger will damit demonstrieren, wie der Weg von der Analyse einzelner Texte (als Diskursfragmente) zum Gesamtdiskurs beschritten werden kann. Sein Ziel ist ein integrierter theoretischer und methodologischer kulturwissenschaftlicher Ansatz für eine Gesellschaftstheorie und Gesellschaftsanalyse.

Diskursanalyse – so verstanden – ist keine Hilfswissenschaft für andere Disziplinen, sie hat vielmehr transdisziplinäre Funktion und auch einen transdisziplinären Charakter. Das wirft natürlich ganz neue Fragen auf, für die Linguistik und für andere Disziplinen, die fruchtbar sein können (müssen), weil sie das »Normale« (meist das Enge, das Begrenzende) nicht akzeptieren und Herausforderungen darstellen.

Jäger setzt als Ziel der Diskursanalyse, »ganze Diskursstränge (und/oder Verschränkungen mehrerer Diskursstränge) historisch und gegenwartsbezogen zu analysieren und zu kritisieren« (S. 171). Für die Analyse einzelner Artikel (die in der Regel mehrere, miteinander verschränkte Diskursfragmente enthalten), wird eine Folge von Analyseschritten vorgeschlagen (vgl. S. 175 ff.).

Erstens der institutionelle Rahmen: Jedes Diskursfragment steht in einem institutionellen Kontext. Dazu gehören Medium, Rubrik, Autor, eventuelle Ereignisse, denen sich das Fragment zuordnen läßt, bestimmte Anlässe für den betreffenden Artikel usw. Zweitens die Text->Oberfläche<: Graphische Gestaltung (Fotos, Graphiken, Überschriften, Zwischenüberschriften), Sinneinheiten (wobei die graphischen Markierungen einen ersten Anhaltspunkt bieten), angesprochene Themen. Drittens die sprachlich-rhetorischen Mittel: sprachliche Mikro-Analyse (zum Beispiel Argumentationsstrategien, Logik und Komposition, Implikate und Anspielungen) Kollektivsymbolik

beziehungsweise Bildlichkeit, Redewendungen und Sprichwörter, Wortschatz, Stil, Akteure, Referenzbezüge usw. Viertens die inhaltlich-ideologischen Aussagen: Menschenbild, Gesellschaftsverständnis, Technikverständnis, Zukunftsvorstellung und ähnliches. Fünftens schließlich die Interpretation: Nach den Vorarbeiten kann die systematische Darstellung (Analyse und Interpretation) des gewählten Diskursfragments erfolgen, wobei die verschiedenen Elemente der Materialaufbereitung aufeinander bezogen werden müssen.

Die für die Analyse eines Diskursstrangs von Jäger vorgeschlagene Vorgehensweise umfaßt erstens die Bestimmung des Themas beziehungsweise des ›Gegenstandes‹ der Analyse, zweitens die Sammlung (Archivierung) des Materials auf einer oder mehreren Diskursebenen (Politik, Medien, Alltag), drittens die Struktur- beziehungsweise Überblicksanalyse (Verdatung), Indizierung des gesamten Materials, Ermittlung thematischer Schwerpunkte und Verschränkungen usw., und die Bestimmung eines oder mehrerer für den Diskursstrang typischer Artikel, viertens die Feinanalyse typischer Artikel, fünftens die Analyse und Interpretation des gesamten Diskursstrangs, zum Beispiel in einem Sektor einer Diskursebene (beispielsweise einer Zeitung) und sechstens die synoptische Analyse (das heißt die zusammenfassende und vergleichende Analyse mehrerer Sektoren einer Diskursebene).

Zudem können sich solche Analysen auf mehrere Diskursebenen beziehen und diese vergleichen. Die historische Dimension läßt sich zudem durch Vergleiche mehrerer synchronischer Schritte durch einen Diskursstrang einbeziehen (vgl. S. 190 ff.).

Der Autor macht deutlich und beweist durch seine empirischen Untersuchungen, daß bereits die Erfassung der Diskurse eine kritische Perspektive zutage fördert, indem dabei die impliziten und nicht angesprochenen Voraussetzungen und als Wahrheiten vertretenen Setzungen oder zu Unrecht Konsens beanspruchenden Aussagen oder falschen Verallgemeinerungen und dementsprechenden Fluchtlinien usw. sichtbar gemacht werden können. Die kritische Diskursanalyse zeigt auf, mit welchen Mitteln und für welche ›Wahrheiten‹ in einer Bevölkerung Akzeptanz geschaffen

wird, was als normal und nicht normal zu gelten habe, was sagbar (und tubar) ist und was nicht (vgl. S. 223 und 275 ff.).

Jäger verweist auf Foucault, demzufolge die Diskursanalyse bereits auf dieser Ebene die Frage beantwortet, »wie ... in den abendländischen Gesellschaften die Produktion von Diskursen, die (zumindest für eine bestimmte Zeit) mit einem Wahrheitswert geladen sind, an die unterschiedlichen Machtmechanismen und -institutionen gebunden« (Foucault 1983: 8) sind. Derartige Analysen können zeigen, welche Kollektivsymbole, welche Argumentationsstrategien, welche Inhalte in wessen Interesse im Diskurs verwendet werden und damit per se die Diskursanalyse als kritisch bezeichnet werden kann. Es wird hervorgehoben, daß erst dann, wenn wir in der Lage sind, die gefundenen diskursiven Sachverhalte wohlbegründet zu problematisieren und zu kritisieren, die Diskursanalyse zur kritischen Diskursanalyse wird.

Kritische Diskursanalyse, wie Jäger sie entwickelt, unterscheidet sich von anderen Konzepten dadurch, daß sie zwar herrschendes Wissen kritisiert, aber nicht ideologiekritisch-orthodox verfährt. Er geht nicht von einem ›Standpunkt‹ aus, der wahr zu sein beansprucht, sondern vertritt die Ansicht, daß jeweilige als Wahrheiten gehandelte Gültigkeiten problematisiert werden müssen. Dies markiert einen wesentlichen Unterschied zu anderen Konzepten kritischer Diskursanalyse. Das Konzept kritischer Diskursanalyse tritt in mancherlei Gestalt in Erscheinung. So bezeichnen sich die Ansätze von Ruth Wodak, Norman Fairclough und Teun A. van Dijk als »Kritische Diskursanalyse« beziehungsweise »Critical Discourse Analysis«. Grundlage und Bezug ist hier vor allem die kritische Linguistik (vgl. Kress/Hodge 1979; Habermas 1971). Van Dijks »Critical Discourse Analysis«, die er auch »Socio-political Discourse Analysis« nennt, richtet sich auf die Untersuchung der Beziehungen zwischen Diskurs, Macht, Dominanz, soziale Ungleichheit und die Position des Diskursanalytikers im Rahmen solcher Beziehungen (vgl. van Dijk 1993: 249 ff.). Für van Dijk geht es vor allem um die Untersuchung der Art und Weise, wie Eliten diskursiv-strategisch Herrschaft ausüben und, unterstützt durch den für sie leichten Medienzugang, dis-

kursiven Mißbrauch betreiben (vgl. van Dijk 1993: 250 ff.). Eine ähnliche Position vertritt auch Fairclough (1993: 135).

Siegfried Jäger teilt die Auffassung, daß Kritik gegen Herrschaft gerichtet sein muß, herrschendes Wissen immer auch mit Macht ausgestattetes Wissen ist, das in der Regel auch als ›Wahrheit‹ propagiert wird (vgl. S. 226 ff.). Er orientiert sich dabei an Foucault, der formuliert: »Wichtig ist, so glaube ich, daß die Wahrheit weder außerhalb der Macht steht noch ohne Macht ist... Die Wahrheit ist von dieser Welt, in dieser wird sie aufgrund vielfältiger Zwänge produziert... Jede Gesellschaft hat ihre Ordnung der Wahrheit, ihr(e) ›allgemeine Politik‹ der Wahrheit: d. h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren läßt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden; es gibt bevorzugte Techniken und Verfahren zur Wahrheitsfindung; es gibt einen Status für jene, die darüber zu befinden haben, was wahr ist und was nicht. (...) Es gibt einen Kampf ›um die Wahrheit‹, oder zumindest ›im Umkreis der Wahrheit‹, wobei nochmals gesagt werden soll, daß ich unter Wahrheit nicht ›das Ensemble der wahren Dinge, die zu entdecken oder zu akzeptieren sind‹, verstehe, sondern das ›Ensemble der Regeln, nach denen das Wahre vom Falschen geschieden und das Wahre mit spezifischen Machtwirkungen ausgestattet wird‹« (Foucault 1978b: 51ff.). An anderer Stelle heißt es: »Die ›besten‹ Theorien stellen keinen wirksamen Schutz dar, und so bedeutende Themen wie der ›Humanismus‹ können für alle möglichen Zwecke eingesetzt werden. (...) Daraus schließe ich nicht, daß man innerhalb der Ordnung der Theorie alles sagen kann, sondern im Gegenteil, daß eine fragende, vorsichtige ›experimentelle‹ Haltung notwendig ist. Zu jedem Augenblick und auf jeder Stufe muß man das, was man denkt und sagt, mit dem konfrontieren, was man tut beziehungsweise ist.« (zit. nach Lemke 1997: 356 – Anmerkung 86).

An diese Überlegungen knüpft Jäger an, fordert aber darüber hinaus ein Sich-Einlassen auf die diskursiven Kämpfe. »Es geht Foucault eben nicht allein um den taktischen Ein-

satz einer Wissenschaft, sondern um die Verbesserung der Lebensbedingungen des Menschen. Kritische Diskursanalyse – wie ich sie verstehe – verfolgt dem entsprechende Ziele. Ihre Resultate, ebenso wie eingennommene Standpunkte und Haltungen aber sind Mittel, mit denen jede/r sich auf die diskursiven Auseinandersetzungen einlassen kann« (S. 234).

Jägers Text, den der Autor bescheiden »Einführung« nennt, ist mehr als das, es ist ein zugleich unentbehrliches Hilfsmittel für den empirisch arbeitenden Sprach-, Sozial- und Kulturwissenschaftler und für Lehrer aller Fächer, die mit Texten zu tun haben.

- Van Dijk, Teun A. (1993): Principles of Critical Discourse Analysis. *Discourse and Society*, Volume 4,2, April, pp. 249-283.
 Fairclough, Norman (1993): Critical discourse analysis and the marketisation of public discourse: the universities, in: *Discourse and Society*, 4(1993)2, pp. 133-168.
 Foucault, Michel (1978): Wahrheit und Macht. Interview mit Michel Foucault von Alessandro Fontana und Pasquale Pasquino, in: Foucault, M. (Hg.), *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin, S. 21-54.
 Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*, Frankfurt/M.
 Januschek, Franz (1986): *Arbeit an Sprache. Konzept für die Empirie einer politischen Sprachwissenschaft*, Opladen.
 Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin/Hamburg.

MANFRED UESSELER

Michael Maar:
 Das Blaubartzimmer.
 Thomas Mann und die Schuld,
 Suhrkamp Verlag Frankfurt/M.
 2000, 132 S.(17,80 €)

Edo Reents fragte vor einiger Zeit in der *Frankfurter Allgemeinen*: »Was bleibt eigentlich von der im Dezember seltsam euphorisch annoncierten Heimholung Thomas Manns und der Seinen?« Blieb doch – nicht nur für ihn – nach der Ausstrahlung des Breloer-Dreiteilers unter literarischem, geistes- und zeitgeschichtlichem Aspekt ein eigentümlich indifferenter Eindruck. Deshalb sollten vielleicht diejenigen, die nicht nur an der Oberfläche der *Mann-Renaissance* bleiben wollen, das neue Buch des in Berlin lebenden Publizisten und Schriftstellers Michael Maar lesen.

Worum geht es? Frühjahr 1933. Noch haben wir das Bild aus Breloers Mehrteiler vor Au-

gen: Thomas Mann ist in unruhiger Erwartung. Seine »Befürchtungen«, vertraut er Ende April dem Tagebuch an, »gelten jetzt in erster Linie u. fast ausschließlich diesem Anschläge gegen die Geheimnisse meines Lebens. Sie sind schwer und tief. Furchtbares, ja Tötliches kann geschehen.« Das Warten wird ihm zur Hölle: »Ich konnte nicht schlafen bis 3 Uhr, gequält von Altem u. namentlich von der Affaire des Koffers, hinter der mörderische Tücke lauert.«

Es geht um seine Tagebücher. Nachdem er sich entschlossen hatte, vorerst nicht nach Deutschland zurückzukehren, bat er seinen Sohn Golo – »Ich rechne auf Deine Diskretion, daß Du nichts von diesen Dingen lesen wirst« –, ihm die Tagebücher von München aus nachzuschicken. Eine ungewisse Zeit bricht an. Schließlich erreicht ihn am 2. Mai 1933 die »Entwarnung«: der Koffer mit der für ihn so kostbaren Fracht ist in der Schweiz. Für Thomas Mann heißt das: »Bedeutende u. tiefe Erleichterung. Das Gefühl, einer großen, ja unaussprechlichen Gefahr entgangen zu sein, die vielleicht keinen Augenblick bestanden hat. – «

Es läßt sich heute nicht mehr nachvollziehen, was dieser Koffer für ein Geheimnis barg, hat doch Thomas Mann seine frühen Tagebücher im amerikanischen Exil verbrannt. Und hier beginnt Maar mit seinen Überlegungen. War vielleicht »die Angst vor dem Anschlag auf die Geheimnisse seines Lebens nicht nur hysterisch, vielleicht sind diese Geheimnisse wirklich schwer und tief«? Folgen wir bisherigen Interpretationen, gelangen wir fast zwangsläufig zu der Fragestellung, die »ein homosexuelles Rencontre« beim jungen Thomas Mann suggeriert. Für Maar sind es »die Briefe und Tagebücher, die leise dagegen sprechen und bei deren genauer Lektüre sich die Horizontlinie verschiebt«. Zwei Dinge erschließen sich bei einem intensiveren Lesen. »Das erste ist, daß Thomas Mann mit den jungen Männern ganz offensichtlich über einen schüchternen Kuß nie hinausgelangt ist.« Und zweitens war Thomas Mann »nicht der Typus, sich seiner Sehnsüchte wegen als Sünder zu empfinden«, findet sich doch für »das Schuldgefühl, das sich aus dem Bewußtsein sexueller Abweichung speisen soll ... nirgends ein Beleg«.

Es muß um etwas anderes gegangen sein. Schon 1904 heißt es in einem Brief an seinen

Bruder Heinrich, daß er »Schlimmeres zu ver-gessen« habe. Was Maar zu der Schlußfolgerung veranlaßt: »Doch nicht die Wirren der Geschlechtlichkeit offenbar, sondern Taten, Handlungen; Gemeinheiten eben und Schlimmeres.«

Eine Tagebuchnotiz vom August 1950 lautet: »Daß *alle* Erinnerung für mich im Wesentlichen peinvoll ist«. Warum? »Es kann kein Zweifel sein: wenn es ein Werk gibt, dem Thomas Mann, wie verschlüsselt auch immer, die Geheimnisse anvertraut hat, deren Aufdeckung er im April 1933 als tödliche Gefahr fürchtete, dann ist dieses Werk der *Doktor Faustus*. Und umgekehrt, wovon sonst sollte das Gesamtwerk handeln als von eben jenen Lebensgeheimnissen, von denen die Tagebuchstelle spricht?« Maar findet die Bestätigung seiner Annahme in einer Briefstelle, die da heißt: »Dies düstere und radikale Werk mußte einmal geschrieben werden, wenn ich mich ganz darbringen wollte.«

Die vorliegende Untersuchung hat viel von einer philologischen Kleinarbeit. »Die nicht geringste Schwierigkeit bei diesen Spekulationen liegt darin, daß wir nicht wissen, ob wir etwas kumulieren, was getrennt zu halten ist. Das Tagebuch spricht von den Geheimnissen im Plural, nicht nur von einem. Niemand sagt uns, daß es nicht eine Reihe von Vorfällen gab.« Und deshalb stellt Maar zwei für die Betrachtung wichtige Fragen. Zum einen: »Wo kämen wir hin, wenn wir bei jedem Autor, der Blut fließen läßt, persönliche Erfahrung veranschlagten?«, und: »Umgekehrt: gibt es nicht äußerst wirkmächtige Schuld, die nur auf Einbildung beruht?«

Sicherlich sollten wir uns vor Augen halten – und Maar weist deshalb auch noch einmal ausdrücklich darauf hin –, daß man die Einbildungskraft eines Schriftstellers nicht unterschätzen sollte, vor allem wenn sie gar so groß ist, daß »etwas heftig Vorgestelltes einen Schatten werfen kann, der ein Lebenswerk überdeckt«. Überzeugen solche Argumente den aufmerksamen Leser? Wohl kaum. »Was mit dem *Tobias Mindernickel* beginnt und dann fast sechzig Jahre lang umgewälzt wird, hat nichts mit Pose zu tun.«

Fragen wir anders: »Kann das zu Beichtende auf einer nur phantasierten Tat beruhen?« Wenn wir Thomas Mann, der darauf beharrt

hat, »nichts erfunden zu haben«, folgen, müssen wir verneinen. Es ist unglaublich, »daß ein Hirngespinnst ihn so stark traumatisiert« hat, ja »unwahrscheinlich, daß die Geheimnisse dieses Lebens sich nur auf Vorgestelltes beziehen«.

Wir werden als Leser allein gelassen. Es bleibt das Geheimnis. »Die Wahrheit stand in den frühen Tagebüchern und liegt in deren Asche begraben.« Schließlich muß auch Maar sich zu der Feststellung bekennen, »daß ein großes X bleibt in dieser Biographie«.

Was will oder besser kann ein Autor angesichts dieser Quellenlage auch anderes tun? Sein ihm eigener Blickwinkel kann uns Thomas Mann neu lesen lassen. »Die Schuld sorgt für die notwendige Stimulanz dieses Werks, aber darin erschöpft sie sich nicht. Ohne sie wäre Thomas Mann nicht der große Psychologe der Weltliteratur geworden, den die Leserschaft in ihm verehrt.« Wahrscheinlich wäre er auch nicht zu dem großen Humoristen geworden. »Das Schuldgefühl gibt dem Humor und den Seeleneinblicken die Tiefe, die dem Unschuldigen verschlossen ist. Ohne diesen Untergrund bliebe seine Kunst flach; darin liegt die innere Wahrheit des Teufelpakts.«

Das Buch provoziert, will eine neue Sichtweise anregen. Am Ende vermischt sich der Eindruck des Lesers mit dem des Autors. Wir haben ihn immer noch, *unseren* Thomas Mann. »Es hat sich ja kein Pünktchen geändert an ihm. Und doch ist es nicht ganz das alte mehr. Die Beleuchtung wechselt, und was blind schien, schlägt plötzlich die Augen auf.«

MATHIAS IVEN

Edward O. Wilson:
Die Zukunft des Lebens,
Siedler Verlag Berlin 2002,
255 S. (19,90 €)

Zumindest zwei Bücher des herausragenden Spezialisten für Insektengesellschaften Edward O. Wilson haben Biologiegeschichte gemacht, die zusammen mit R. H. MacArthur verfaßte *Theory of Island Geography* sowie seine *Sociobiology*, mit der er einer ganzen Teildisziplin der Biologie ihren Namen gab. Von sei-

ner *Zukunft des Lebens* wird man ähnliches zwar nicht sagen können, doch handelt es sich um ein sehr lebendig und allgemein verständlich geschriebenes, sachkundiges und lesenswertes Buch. Es geht um das Schicksal des Lebens auf der Erde in diesem Jahrhundert – um das menschliche und um das unserer Mitgeschöpfe. Verlässliche Prognosen für beide Bereiche sind natürlich schwierig, wenn nicht gar völlig unmöglich. Noch am 10. September 2001 ahnte niemand, welche Folge von Ereignissen schon am kommenden Tag in Gang gesetzt werden würde, von denen wir auch heute noch nicht wissen, ob sie wieder versanden oder sich zur weltweiten Katastrophe ausgewachsen werden. Auch viele für Voraussagen über das Schicksal der Organismenwelt wesentliche Tatsachen und Zusammenhänge sind uns noch recht rätselhaft. Wir wissen noch nicht einmal annähernd, wie viele Arten von Tieren, Pflanzen und Mikroorganismen heute auf der Erde tatsächlich existieren. Wilson schreibt: »Weniger als zwei Millionen sind wissenschaftlich erfasst und mit lateinischen Namen versehen, während schätzungsweise fünf bis 100 Millionen Arten noch zu entdecken sind.« Fünf bis 100 Millionen! Zwar lesen wir: »Je mehr Arten zusammenleben, umso stabiler und produktiver ist das Ökosystem, das sie bilden.« Doch muß Wilson einräumen, daß selbst diese fundamentale und für das von ihm behandelte Problem wichtige Tatsache – wenn es sich denn um eine solche handelt – unter Ökologen nicht unwidersprochen ist. Geraten ein Tier, eine Pflanze oder ein Pilz auf einen anderen Kontinent mit ähnlichem Klima wie in ihrer Heimat, so kann niemand voraussagen, ob diese Art dort zugrunde gehen, sich problemlos in die vorhandenen Lebensgemeinschaften einfügen oder zum Zerstörer seiner neuen Umwelt werden wird. Niemand hat vorhergesehen, daß seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts unter den Wirbeltieren ausgerechnet die Amphibien die größten Einbußen erleiden würden.

Trotz solcher Ungewißheiten ist Wilsons Versuch, die Aussichten für das Leben auf der Erde gedanklich zu sondieren, mehr als gerechtfertigt; denn gravierende Probleme der kommenden Jahrzehnte sind auch heute schon deutlich erkennbar. Sie sind vor allem die Folge des immer rascheren Bevölkerungs-

wachstums sowie des zunehmenden Pro-Kopf-Verbrauchs an natürlichen Ressourcen. Die älteren der heutigen Menschen sind die erste Generation, die es erlebt, daß sich die Weltbevölkerung während ihrer Lebenszeit verdoppelt, von drei auf sechs Milliarden. Der Verbrauch natürlicher Ressourcen in Westeuropa und den USA ist so hoch, daß er unmöglich das allgemeine Niveau werden könnte. »Will die übrige Weltbevölkerung mit Hilfe der vorhandenen Technologie das Konsumniveau der Vereinigten Staaten erreichen, braucht sie dafür vier weitere Planeten wie die Erde.« Aber nicht nur die Ressourcen drohen knapp zu werden, wir zerstören auch unsere Umwelt. Der Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre hat den höchsten Stand seit mindestens 200 000 Jahren, wir haben den Stickstoffkreislauf aus dem Gleichgewicht gebracht und zu einer unheilvollen globalen Erwärmung beigetragen. »Der rapide Waldverlust der letzten fünfzig Jahre gehört zu den einschneidendsten Umweltveränderungen in der Geschichte des Planeten.« Er wirkt sich verheerend auf den Wasserhaushalt aus. In den nördlichen Ebenen Chinas sank der Grundwasserspiegel in den neunziger Jahren um durchschnittlich 1,5 Meter pro Jahr. Seit 1972 trocknet der Gelbe Fluß fast jährlich auf einem Teil seines Laufes aus.

Dennoch hält Wilson die Lage nicht für hoffnungslos. Das Bevölkerungswachstum beschleunigt sich zwar noch weltweit, aber es beschleunigt sich langsamer als in der Vergangenheit. In den reichen Ländern ginge die Bevölkerung ohne Zuwanderung sogar schon zurück. Wilson verweist auf Berechnungen, wonach die Menschheit im ausgehenden 21. Jahrhundert mit neun bis zehn Milliarden ihren zahlenmäßigen Höhepunkt erreichen wird. Diese zahlreichere Weltbevölkerung wird sich durchaus ernähren können, sogar besser als heute. Denn »Wissenschaft und Technik bergen das Potenzial für eine Steigerung der Nahrungsmittelerzeugung bei gleichzeitiger Verringerung der dazu benötigten Rohstoffe und Energie...« Im Jahr 2100 wird die wegen der Fortschritte der Medizin vor allem aus Alten bestehende Menschheit genetisch homogener sein als gegenwärtig.

Das Schicksal des Menschen wird auch weiterhin über das aller übrigen Bewohner des Erdballs entscheiden. Schon heute sind viele

Naturlandschaften und zahlreiche Arten verschwunden. Wilson schildert anschaulich, vor allem an den erschreckenden Beispielen der relativ späten menschlichen Besiedlung abgelegener Inseln, wie es dazu kam. Vernichtung des ursprünglichen Lebensraumes durch Ackerbau, Jagd auf mehr oder weniger wehrlose Tiere sowie die planmäßige oder unbeabsichtigte Einführung fremder Arten sind die wesentlichen Ursachen für die Vernichtung vieler Inselbewohner. Wilson zieht hieraus die Schlußfolgerung, daß »der ›edle Wilde‹ ... niemals existiert (hat). Der Garten Eden – von Menschen besiedelt – verwandelt sich in ein Schlachtfeld. Das Paradies zu finden heißt, es zu verlieren.«

Nach Wilsons Prognose wird im ausgehenden 21. Jahrhundert nur noch eine »gequälte« Natur übrig und die Urwälder werden weitgehend verschwunden sein, mit ihnen die meisten Zentren biologischer Vielfalt. Der Zustand von Korallenriffen, Flüssen und anderen aquatischen Lebensräumen wird sich dramatisch verschlechtern und mehr als die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten wird verschwunden sein. Dennoch ist dies im Vergleich zu anderen eine optimistische Prognose. Wilson erwähnt eine Studie, nach der die Weltbevölkerung schon um 1978 die Kapazitätsgrenze für ein nachhaltiges Wachstum erreicht hatte.

Wilson schöpft seinen Optimismus aus seinen eigenen Erfahrungen in der Umweltbewegung und führt zahlreiche Beispiele dafür an, daß die Gefahren für die Umwelt und damit auch für die kommenden menschlichen Generationen erkannt werden und die Menschen immer mehr bereit seien, entsprechend zu handeln. In den USA soll jeder zehnte in einer Umweltorganisation tätig sein, in Dänemark sollen pro Einwohner sogar mehrere Mitgliedschaften in solchen Verbänden kommen. Maßnahmen zum Umweltschutz erfolgen vor allem aus praktischen Erwägungen; denn mit jeder verschwindenden Art kann eine nützliche und einmalige Rohstoffquelle unwiederbringlich verloren gehen. Immer deutlicher wird, daß kurzfristige ökonomische Vorteile nur allzu oft mit der Vernichtung der Möglichkeit erkaufte wurden, später überhaupt noch Gewinne zu erzielen. All dies ist schlüssig und plausibel ausgeführt. Weniger schlüssig sind

Wilsons Darlegungen zu den emotionalen Gründen, die uns die Natur und ihre Formenvielfalt als wertvoll erscheinen lassen. Beispielsweise ist schwer einzusehen, daß die Erkenntnis, daß wir einmal in grauer Vorzeit gemeinsame Vorfahren mit unseren Mitgeschöpfen hatten, zu emotionalen Bindungen an sie führen könnte. Interessanter ist die Idee, auch unsere ästhetischen Vorlieben beruhten letztlich auf Nützlichkeitsabwägungen. Unsere Vorliebe für Parklandschaften könnte darauf beruhen, daß es für die frühen Menschen nützlich war, solche Landschaften aufzusuchen. Vielleicht begannen sie deshalb, solche Gegenden auch schön zu finden.

Für diejenigen, die sich gründlicher mit dem Problem befassen möchten, sind Wilsons Darlegungen ein ausgezeichnete Einstieg, auch durch ein instruktives Literaturverzeichnis (nebst Internet-Adressen).

ERICH LANGE

**Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik:
Memorandum 2002,
PapyRossa Verlag Köln 2002,
258 S. (15,80 €)**

Das Memorandum der AG Alternative Wirtschaftspolitik ist nach wie vor die wichtigste Antwort auf den jährlichen Bericht des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist gleichermaßen Kritik des Sachverständigen-Gutachtens wie konstruktives Alternativkonzept.

Der Untertitel der diesjährigen Publikation lautet: »Blauer Brief für falsche Wirtschaftspolitik – Kurswechsel für Arbeit und Gerechtigkeit«. Schwerpunktmäßig geht es dabei um eine Abrechnung mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung im Wahljahr 2002. Waren die Stellungnahmen in den Jahren 1999 bis 2001 noch von einer gewissen Rücksichtnahme gegenüber Rot-Grün geprägt, so läßt der diesjährige Bericht davon nichts mehr erkennen. Schonungslos wird »das Elend« einer Politik offengelegt, die vor dreieinhalb Jahren unter dem Slogan »Arbeit und Gerechtigkeit«

angetreten war, aber weder für das eine noch für das andere Ziel wirksame Maßnahmen ergriffen, geschweige Lösungen gefunden hat. Da auch absolut nichts darauf hindeutet, daß sie in Zukunft derartige Maßnahmen ergreifen wird, ist ihre Kritik durch die Memo-Gruppe grundsätzlich und scharf. Dies betrifft so ziemlich alle Bereiche der Politik: *Erstens* die Konjunkturpolitik, die »konzeptionslos« in die Rezession geführt hat (S. 42), *zweitens* die Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik, weil diese mit ihren Einspar- und Lohnsenkungsabsichten in die falsche Richtung orientiert hat, *drittens* die Beschäftigungspolitik, die auf eine Reduzierung des Arbeitsangebotes ausgerichtet ist, die Stimulierung der Arbeitsnachfrage aber vernachlässigt, *viertens* die Gesundheitspolitik, die den Arbeitnehmern höhere Beiträge bei geringeren Leistungen beschert hat, *fünftens* die Finanzpolitik, die von einem manischen Sparzwang geprägt ist, nicht aber von finanzpolitischer Weitsicht und flexiblem ökonomischem Handeln, *sechstens* die Umweltpolitik, die vor den »Zwängen« der Globalisierung kapituliert hat. Ein besonderer Abschnitt ist dem *Aufbau Ost* gewidmet: »Stagnation als Chefsache« (S. 19 ff.). Im ausführlichen Teil des Memorandums nimmt der sechste Abschnitt (Abschied vom Aufholprozeß Ost) einen zentralen Platz ein. So wenig wie der Osten sonst in den Berichterstattungen der Regierung im Zentrum steht, so sehr ist dies hier der Fall. Der Grund dafür ist, daß in bezug auf den Osten Anspruch und Wirklichkeit in besonderer Weise auseinander klaffen. So stagniert der deutsch-deutsche Aufholprozeß seit 1996. »Die Schere zwischen Ost und West öffnet sich seitdem wieder, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich hieran in den nächsten Jahren grundlegend etwas verändern wird« (S. 146). Die in diesem Zusammenhang auch von anderer Seite aufgezeigten Lücken, die Produktions-, Produktivitäts-, Beschäftigungs-, Einkommens- und Vermögenslücke, finden hier eine umfassende datengestützte Interpretation und ökonomische Begründung.

Lesenswert sind auch die Überlegungen der Arbeitsgruppe zu der Frage: Wie weiter? Im Unterschied zu schönfärberischen Wahlreden und unhaltbaren Versprechungen bemühen sich die Autoren um eine »nüchterne Wertung der Perspektiven« (S. 169), und die sind eher

düster. Sie reichen von einer Situation »unbefristeter Transferzahlungen« über die weitere Ausdünnung Ostdeutschlands bis hin zu regionalen Differenzierungen größten Ausmaßes. Um diesen Prozeß umzukehren, wäre eine gezielte Struktur- und Beschäftigungspolitik erforderlich, welche die Entwicklung endogener Potentiale mit einer Förderung externer privater und öffentlicher Investitionen verbindet. Eine solche Initiative ist aber seit 1998 ausgeblieben, was der rot-grünen Bundesregierung zu Recht angelastet wird.

Andere Abschnitte des Memorandums sind nicht weniger interessant, so zum Beispiel der zweite Teil, der sich mit der wachsenden Ungleichheit in der Bundesrepublik beschäftigt. Dies gibt den Autoren erstmals Gelegenheit, sich mit dem *Armut-* und *Reichtumsbericht* der Bundesregierung von 2001 auseinander zu setzen. »Eindeutig macht dieser Bericht sichtbar, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander geht« (S. 71). Dennoch aber, so die Kritik, sieht die rot-grüne Regierung »keinen Handlungsbedarf«. Vielmehr verfolgt sie ihr Ziel, die Reichen reicher zu machen und die Armen ärmer, weiter und verspricht sich davon positive Effekte für die Konjunktur. Überprüft man diese Politik auf ihre theoretischen Grundlagen hin, so wird eine peinliche Nähe zu den Konzepten der Opposition erkennbar. In jedem Fall handelt es sich um neoliberales Gedankengut, das hier unkritisch von der rot-grünen Regierung übernommen worden ist und inzwischen als allgemeingültige »Wirtschaftsphilosophie« ausgegeben wird (vgl. S. 76 ff.). Unmißverständlich plädieren die Autoren für die Wiedereinführung eines »angemessenen Beitrags der Wohlhabenden zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben und zur Alimentierung ausreicher Sozialtransfers« mittels einer entsprechenden Steuer. Die dafür als Argumentationshilfe angebotenen Zahlen überzeugen durchaus. Übersehen wird jedoch, daß die Regierung diese Zahlen sicherlich kennt, die tatsächlichen Machtverhältnisse und Interessenlagen es ihr aber unmöglich machen, darauf im Sinne sozialdemokratischer Grundsätze zu reagieren. Auch wenn einige der vorgeschlagenen Maßnahmen diskussionswürdig sind, so trägt die klare und offene Sprache des Memorandums doch dazu bei, die Wirtschafts- und

Sozialpolitik der Regierung noch kritischer als bisher ohnehin schon zu sehen und sich mit den offensichtlichen Fehlern und Versäumnissen dieser Politik qualifiziert auseinander zu setzen. Die politische Alternative ist jedoch auch hier das Rätsel, das nicht gelöst wird – und wofür das Buch auch keine Hilfen bietet.

ULRICH BUSCH

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Sachsen e.V.:

Moskau 1938.

Szenarien des Großen Terrors,
herausgegeben von Klaus Kinner
in Verbindung mit Willi Beitz,
Leipzig 1999, 196 S.

In der Erforschung des Stalinismus ist seit 1990 auch von deutschen Wissenschaftlern aus dem linken Spektrum viel geleistet worden. Es gibt unterdessen nicht wenige politische Stimmen, die in Distanz zu diesen Leistungen meinen, es reiche nunmehr. Die politischen Motive sind durchsichtig. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, eine der kreativsten linken Institutionen im deutschen Sprachraum, hat viel mit den ihr verbundenen Wissenschaftlern – hier sei nur an Klaus Kinner, Wladislaw Hedeler, Ulla Plener, Lutz-Dieter Behrendt erinnert – zur Entwicklung der Stalinismusforschung beigetragen. Vorliegende Beiträge für ein Kolloquium am 25. April 1998 dokumentieren ein weiteres Zwischenergebnis.

Ein erster großer Komplex fragt nach Vorgeschichte, Ablauf und Folgen des »Großen Terrors« der Jahre 1936 bis 1938. Der Begriff »Großer Terror« stammt aus der russischen Historiographie. Das spezielle Interesse der Autoren gilt in dem Band den Mechanismen des Zusammenspiels von Partei- und Staatsapparat. Allein jene Fakten, die Hedeler zur Archivsituation in Rußland auflistet, lassen die Dramatik jener Jahre aufscheinen. Hedeler plädiert dafür, »das Übergewicht des noch nicht verarbeiteten empirischen Materials in Erinnerung zu rufen und vorschnelle Definitionen der Komplexität der dahinter verborgenen Wirklichkeit zu relativieren.« (S. 11). Bis-

her konnten die Szenarien der Moskauer Schauprozesse vom Erscheinungsbild her erschlossen werden. Hedeler fordert hingegen, »das Wesen des Terrors, der zunehmend zu einem Element der Wirtschaftsplanung wurde und vor Ort eine wichtige macht- und systemstabilisierende Ventilfunktion erfüllte« (S. 11), zu bestimmen. Hier wird ein ganzes Forschungsprogramm angerissen. Anhand von zwei Dokumenten stellt Hedeler Anfang und Ende, Idee und Ausführung der Moskauer Schauprozesse genauer dar als bislang bekannt. Bei dem ersten Dokument handelt es sich um das von Jeshow 1935 begonnene und von Stalin sowie von Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU(B) redigierte Manuskript, das ein Szenario der Schauprozesse sowie die Grundelemente der Rundschreiben des ZK der KPdSU(B) in den Jahren des Großen Terrors enthält. Bei dem zweiten Dokument handelt es sich um das Stenogramm des Schauprozesses gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten« vom 2. bis 12. März 1938 im Umfang von 1200 Blatt. Hedeler spürt dem Zusammenspiel von Partei- und Staatsorganen exakt nach.

In der Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus sieht Ulla Plener eine Grundlage des Massenterrors. Sie erblickt im »Ausschluß der selbständig denkenden Persönlichkeit aus dem Parteiverständnis, verbunden mit weitgehender Reduktion der lebendigen Persönlichkeit auf den Parteiapparat als Instrument des jeweiligen Parteiführers ... eines der konstitutiven Momente des Stalinismus« (S. 30). Plener problematisiert das Disziplinverständnis, den Treuegrundsatz, das Entweder-Oder-Denken, das Meinungsmonopol im Parteikommunismus und stellt alles sozialistischer Ethik gegenüber. Neues Material über den Terror in der Komintern-Zentrale, besonders in dem sogenannten Verbindungsdienst, dem Nervenzentrum der Kommunistischen Internationale, präsentiert Bernhard H. Bayerlein. Einen Kulturbruch erkennt Steffen Dietzsch noch nicht im Roten Terror unmittelbar nach der Oktoberrevolution, sondern erst in den Jahren um 1937/38. »Diese Zeit des exzessiven, nach innen gerichteten und längst nicht mehr schichten-, sozial oder klassenorientierten Massenterrors in den Dreißigern markiert einen definitiven Bruch in der Kultur sozialer

Revolutionen überhaupt« (S. 66). Lutz-Dieter Behrendt erblickt in den roten Professoren, also in den Absolventen der von 1921 bis 1937/38 existierenden Instituten der Roten Professur, der ranghöchsten Bildungseinrichtung der sowjetischen Partei, eine Personengruppe, die unter dem stalinistischen Terror besonders zu leiden hatte. Er stellt aber differenzierend fest: Während die erste Generation dieser Roten Professoren, die in den zwanziger und dreißiger Jahren in leitende Funktionen aufgestiegen waren, mit geringen Ausnahmen ihren Einfluß und oft auch ihr Leben verloren, begannen andere in der Periode des Großen Terrors ihre steile Karriere, die sie bis in die siebziger und achtziger Jahre hinein in höchste Funktionen in Politik und Wissenschaft führten, so Suslow, Ponomarjow, Pospelow, Iljitschow, Pelsche, Mitin, Judin, Konstantinow, Kedrow, Minz. Der Kritik der Transformationsauffassung Bucharins durch Lenin spürt Andreas Eichler nach.

Ein zweiter Komplex des Bandes widmet sich der internationalen Dimension des Terrors. Auch hierzu ist viel zu finden. Carola Tischler verweist auf 688 Personen, die von den KPD-Führern Pieck, Florin, Hähnel und Wehner von September 1936 bis Juni 1938 aus der Partei ausgeschlossen wurden, davon 548, die nach ihrer Verhaftung durch den NKWD aus der Partei gefeuert wurden. Die KPD-Führung hat die Beschuldigungen gegen ihre Mitglieder zumindest in den ersten Monaten ohne Zweifel geglaubt. »Sie hat die Loyalität zum sowjetischen Staat höher gestellt als die zu den eigenen Mitgliedern« (S. 108). Noch sind nicht alle Opfer bekannt. Wie die KP Polens unter Mitwirkung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern zerschlagen wurde, untersucht Eva Seeber.

Die Seiten, auf denen Frido Seydewitz seine zehn Jahre umreißt, in denen er vom stalinistischen Terror erfaßt war und sich in den Fängen des NKWD befand, zählen zu den einprägsamsten des Bandes. Spätestens hier scheint beim Leser ein – selbstverständlich inadäquates – Bewußtsein davon auf, was zumindest die Geschichtsschreibung den Opfern noch schuldig ist. Wie furchtbar sich der Große Terror auf den Antifaschismus und besonders auf das Ende der Volksfrontpolitik auswirkte, zeigt Klaus Kinner. Kinner, gegen-

wärtig wohl der beste Kenner der KPD-Geschichte, warnt davor, die KPD vorwiegend als Opfer stalinistischer Repressionen zu begreifen. Vielmehr: »Ihre führenden Kräfte und ihr Apparat wurden zunehmend selbst als Mitäter in die mörderischen Mechanismen des Terrors einbezogen« (S. 142). Der Auswirkung der Moskauer Prozesse auf die deutsche und internationale Sozialdemokratie widmet sich Herber Mayer, wobei er den Rahmen weiter faßt und die Stellung der Sozialdemokratie zur Sowjetrußland seit 1917 umreißt. »Schriftsteller unter dem Terror« heißt ein dritter Abschnitt des Bandes. Willi Beitz gibt einen Überblick über das Thema, und Wolfgang Geyer untersucht am Fall Gide-Feuchtwanger die Wahrnehmungen von Terror.

Der Band spiegelt den Arbeitsstand und ein Entwicklungsniveau der Stalinismusforschung des Jahres 1998 wider. Nach Gründung des Ständigen Kolloquiums zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung in Leipzig im Jahre 2001 ist mit einer Konzentration von wissenschaftlichen Potenzen und mit weiteren Erkenntnissen auch zum Stalinismus zu rechnen.

ROLF RICHTER

**Dietmar Wittich:
Wahlzeiten, Kriegszeiten,
andere Zeiten. Betrachtungen
eines ostdeutschen Soziologen.
VSA-Verlag, Hamburg 2001**

Wer im letzten Jahrzehnt die Entwicklung im Osten Deutschlands allgemein und die der PDS im besonderen verfolgt hat, ist immer wieder auf Arbeiten von Dietmar Wittich gestoßen. Der VSA-Verlag hat jetzt eine Auswahl von ihnen in einem Band zusammengefaßt. Und siehe – es ergibt sich ein Bild, das allerdings ob seines häßlichen Realismus nicht jedem gefallen wird.

Der Band ist hochaktuell. Deutsche Soldaten stehen auf dem Balkan und am Hindukusch, sind am Horn von Afrika und auf dem Weg in den Persischen Golf. Dem wachsenden militärischen Engagement des »neuen« Deutschland fehlt – wie Wittich nachweist –

die mehrheitliche Akzeptanz der Bevölkerung. Dem Frieden aber fehlt deren massiver Widerstand. Und so scheinen wir denn auf dem Weg zu permanenten Kriegszeiten als dem gesellschaftlich geduldeten Normalzustand.

Wahlzeit haben wir in Permanenz. In den Wahlen zeigen sich immer deutlicher Tendenzen, die Wittich schon vor Jahren aufgezeigt hat: »Die deutsch-deutschen Unterschiede und Vorbehalte sind manifest ...« (S. 47) – jüngst im Berliner Wahlergebnis.

Die PDS erhält im Osten nicht nur mehr Stimmen als alle anderen ins Abgeordnetenhaus gewählten Parteien zusammen, sie gewinnt auch noch alle Direktmandate; und die veröffentlichte Meinung ist empört, wenn eine Partei mit einem solchen Wahlergebnis an der Regierung beteiligt wird. Die »Ampel« hatte die wohlwollende Akzeptanz der Medien – allerdings nicht die Mehrheit der gültigen Wählerstimmen. Defizite im Demokratieverständnis?

Man kann sich selbstredend darüber mokieren, daß Ostdeutsche, wie in Berlin geschehen, zwölf Jahre nach dem Ende der SED-Herrschaft deren sozialistische Nachfolger wählen. Man könnte aber auch die Analysen Wittichs zur Kenntnis nehmen, der zum Beispiel 1996 einen »spezifisch ostdeutschen Entwicklungsweg bei der Umgestaltung der ›Klassenlandschaft‹, als relativ geschlossene Ausbildung einer ganzen Region zur ›Peripherie« konstatierte (S. 78). So könnte man allerdings die Erkenntnisvorstufe des Wunders überschreiten und zu Erklärungen gelangen, die ihrerseits wieder womöglich unerwünschte politische Konsequenzen nahelegen könnten. Wittichs Analysen könnten für viele lehrreich, wenn auch unbequem sein.

Die Frage, wann diese anbrechen und wie ihnen zum Durchbruch zu verhelfen sei, ist nun die interessanteste, die sich aus Wittichs Analysen ergibt. Bei der Bewertung der Bundestagswahlergebnisse von 1998 kommt Wittich unter anderem zu dem Ergebnis: »Die Analyse der Wahlergebnisse zeigt: Es gibt viel Platz für die Profilierung linkssozialistischer Politik« (S. 159). Diesen Platz sollte die PDS nutzen, ihn aus-zufüllen sollte sie sich wohl bemühen. Zu diesem Zweck unter anderem betreibt sie eine Programmdiskussion, die recht holprig und ungenlenk daherkommt.

Wittich ist mitnichten ein Partei-Soziologe der PDS. Ich habe es des öfteren erlebt, daß er ihr den Spiegel vorhielt, und alle schauten beleidigt weg. Wittichs Beiträge zur Programmdiskussion tragen zur Profilierung linkssozialistischer Politik vor allem dadurch bei, daß er engstirnigem Dogmatismus und »schlagwortbezogener Argumentation« entgegentritt. Ansonsten liefern seine Analysen reichhaltiges Material, das nur genutzt werden will.

Sieht man allerdings die aktuell laufende Programmdiskussion der PDS im Zusammenhang mit ihrer praktischen Politik, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, dann könnte man ihr einen leichteren Weg empfehlen: Vielleicht sollte die PDS einfach das Buch zu ihrem Programm machen, das Mühsams Lampenputzer schon vor 95 Jahren schrieb – »nämlich wie man revoluzzt und dabei noch Lampen putzt«.

Wie dem auch sei. Wittich hat ein sehr erstaunliches Buch vorgelegt: 200 Seiten Soziologie – nicht nur lesbar, sondern auch noch interessant und anregend.

LOTHAR HERTZFELDT

schaftliche Entwicklungsprozesse« soll Einsteigern den Sozialstaat der Bundesrepublik »als Teil der politisch-ökonomischen Konstellation von Kapitalismus und Demokratie im späten 20. Jahrhundert« näher bringen. Mit Hilfe von Ansätzen der politischen Ökonomie, vor allem spieltheoretischer Herkunft, plziert der Autor das sozialstaatliche Institutionengefüge als hauptsächlichen Problembearbeiter und Wegweiser im Dauerkonflikt zwischen Autokratie, Plutokratie und Demokratie. Für »echte« Einsteiger ist dies eine vielleicht etwas schwer verdauliche Kost.

CHRISTIAN BRÜTT

Heiner Ganßmann:
Politische Ökonomie
des Sozialstaats. Einstiege.
Grundbegriffe der Sozialphilosophie
und Gesellschaftstheorie, Band 10,
Westfälisches Dampfboot Münster
2000, 202 S. (15,30 €)

In der Kritik ist der Sozialstaat, seit es ihn gibt. In der Krise befindet er sich auch nicht das erste Mal. Ob nun der Arbeitsgesellschaft die Arbeit oder dem Sozialstaat die finanzielle Puste ausgeht, ob wir eine tiefgreifende Transformation sozialstaatlicher Institutionen oder deren minimale Anpassung im Zeitalter der Globalisierung erleben – diese allenthalben diskutierten Entwicklungen läßt Heiner Ganßmann in seiner Politischen Ökonomie des Sozialstaats außen vor.

Ein »kühler, langer Blick auf die Entwicklung sozialstaatlicher Programme, ihre Rolle und Funktion sowie ihre Einbettung in gesell-